

# Gesucht wird der richtige Einstieg in den Ausstieg

Die Zukunft der Braunkohle entscheidet mit darüber, ob Deutschland beim Klimaschutz vorangeht. Ob und wie lange sie noch gebraucht wird, ist umstritten.

VON HERMANN-JOSEF DELONGE

Aachen. Vielleicht wird es ja so kommen, dass die Frage, wie es mit der Braunkohle in Deutschland und im Rheinischen Revier weitergeht, darüber entscheiden wird, ob das Land von einer Jamaika-Koalition regiert wird oder ob wir uns auf Neuwahlen einstellen müssen. Das wäre eine beachtliche Zuspitzung, aber irgendwie würde es auch passen. Das Thema birgt seit Jahrzehnten latent großes Konfliktpotenzial, und dieser Konflikt ist immer wieder eskaliert: Wenn Menschen ihre Häuser und Dörfer verlassen mussten, weil die Bagger anrückten. Oder wenn sich Polizei und Demonstranten gegenüberstanden und es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam.

Jetzt steht das Thema erneut auf der Tagesordnung. Die Positionen bei den Jamaika-Sondierungsgesprächen in Berlin liegen weit auseinander; so weit, dass man sich – Stand heute – nicht vorstellen kann, wie eine Kompromisslinie aussehen könnte. Es geht den Parteien dabei auch um ihren Markenkern, ums Grundsätzliche. So entsteht eine Gemengelage, die es mit so hochkomplexen Streitpunkten wie Steuer- oder Asylpolitik locker aufnehmen kann.

Das Rheinische ist das größte Braunkohlerevier in Deutschland – vor dem in der Lausitz, dem zwischen Halle und Leipzig und dem bei Helmstedt. Die drei Tagebaue Inden, Garzweiler und Hambach haben die Landschaft hier geprägt. Bagger, so groß wie siebenstöckige Häuser, schaufeln Hunderte Meter tiefe Löcher; die Kraftwerke in direkter Nachbarschaft stoßen weiterhin sichtbar weißen Wasserdampf aus. Bis Mitte des Jahrhunderts könnten so noch 2,4 Milliarden Tonnen Kohle gefördert werden. Ob es so weit kommt, ist eine politische Frage. Über die wird in Berlin gestritten. Ausgang völlig offen. Denn die Diskussion bewegt sich zwischen zwei extremen Polen: Die eine Seite bezeichnet die Braunkohle als „Klimakiller Nummer eins“, die andere hebt ihre Bedeutung als „Brückentechnologie“ für die Energieversorgung und als Arbeitgeber für Tausende Menschen hervor. Beides stimmt. Das macht es nicht einfacher. Gesucht wird also der richtige Einstieg in den Ausstieg.

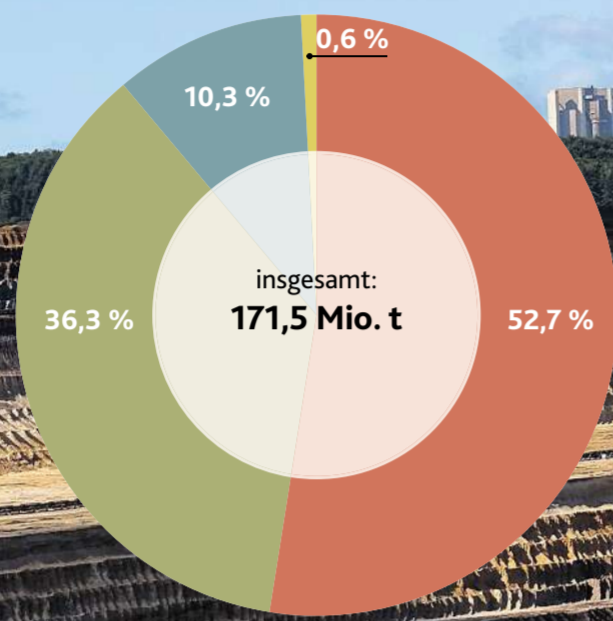
## 1. Die Tagebaue

In den Tagebauen des Rheinischen Reviers werden unter Ägide von RWE Power jährlich zwischen 90

## Die Bedeutung der Braunkohle

### Braunkohlefördermengen nach Revieren 2016

Rheinland: 90,5 Mio. t    Mitteldeutschland: 17,7 Mio. t  
Lausitz: 62,3 Mio. t    Helmstedt: 1,1 Mio. t



Grafik: ZVA/Thomas, Quelle: Bundesverband Braunkohle, Foto: imago/Rech

und 100 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Der Tagebau Inden erstreckt sich über eine Betriebsfläche von knapp 17 Quadratkilometern, aus der jährlich bis zu 19 Millionen Tonne Kohle geholt werden. Er wird voraussichtlich im Jahr 2030 ausgekohlt sein, dann endet auch die Genehmigung. Parallel wird wohl auch das vom Tagebau versorgte Kohlekraftwerk Weisweiler stillgelegt. Umsiedlungen sind bis dahin nicht mehr geplant. Der Tagebau Garzweiler hat eine Genehmigungsdauer bis 2045 und versorgt mit jährlich bis zu 40 Millionen Tonnen Kohle aus einer gut 30 Kilometer großen Betriebsfläche die Kraftwerke Neurath und Niederaußem. Die damalige, rot-grüne Landesregierung beschloss 2006, die geplante Abbaufäche des Teils Garzweiler II um ein Drittel zu verkleinern, nannte aber keinen Ausstiegstermin. Die neue schwarz-gelbe Koalition hat diese Planung bestätigt. Die Erkelenser Stadtteile Beverath, Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrach sollen im Zuge dessen bis 2027 umgesiedelt werden. Der Tagebau Hambach, mit einer Betriebsfläche von 43 Quadratkilometern der größte in Deutschland, versorgt mit jährlich

bis zu 40 Millionen Tonnen Kohle ebenfalls die Kraftwerke Neurath und Niederaußem und hat eine Betriebsfläche von etwa zehn Jahren werden knapp 42 000 Menschen ihre Heimat verloren haben, gegen die massiven Eingriffe in die Landschaft und gegen die schlechte Klimabilanz bei der Verbrennung des Rohstoffs. Tatsächlich stoßen die Kohlekraftwerke gut 350 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) im Jahr aus. Daneben produzieren sie Schadstoffe wie Feinstaub und Schwefeldioxid. Laut Transaktionsprotokoll der Europäischen Union stand das Kraftwerk Neurath im Jahr 2015 für 32,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, das Kraftwerk Niederaußem für 27,3 Millionen, das Kraftwerk Weisweiler für 18,1 Millionen und das Kraftwerk Frimmersdorf für 4,8 Millionen Tonnen. Das liegt vor allem am schlechten Wirkungsgrad der Kohle und ihrer spezifischen chemischen Zusammensetzung. Die Filtertechnik hat sich zwar verbessert, aber das Umweltbundesamt geht davon aus, dass 800 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde produzierten Stroms auch künftig nicht unterschritten werden können; derzeit sind es, abhängig vom Kraftwerkstyp, zwischen 950 und

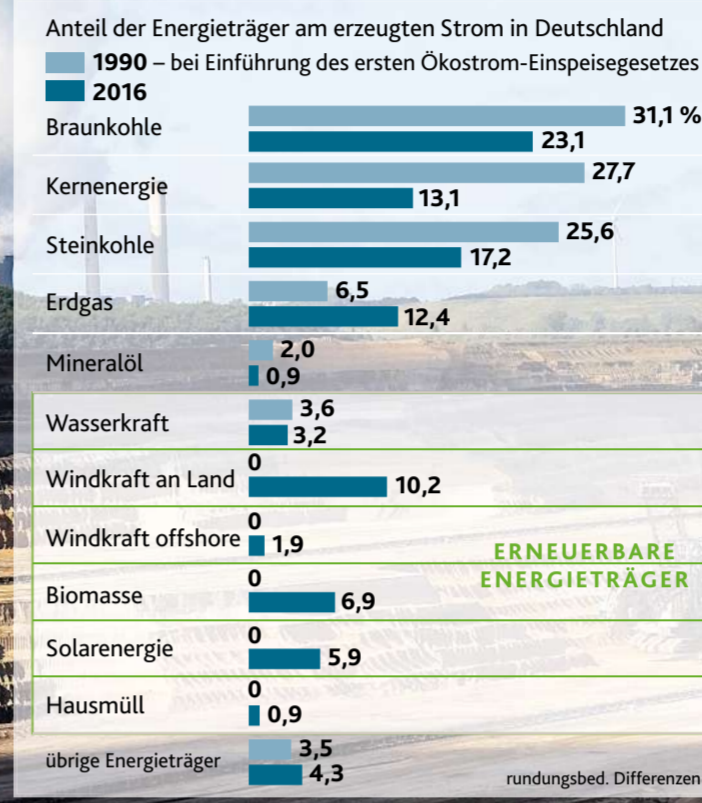
## 2. Die Arbeitsplätze

Im Rheinischen Revier hängen die Jobs von rund 9000 Menschen direkt von den Tagebauen ab, bundesweit sind es knapp 20 000. Hinzu kommen bundesweit rund 50 000, im Rheinland rund 18 000 Menschen bei Lieferanten und Dienstleistern. Richtig ist aber auch: Diese Zahlen sind in den vergangenen Jahrzehnten bereits kräftig gesunken – auch, weil die Bagger und auch die Kraftwerke hoch technisiert und mechanisiert sind. Der Strukturwandel, der durch den Ausstieg aus der Braunkohleförderung ausgelöst und notwendig wird, ist also nicht so einschneidend wie der nach dem Ausstieg aus der Steinkohle.

## 3. Das Klima

Die Proteste gegen die Braunkohleförderung im Rheinland konzentrieren sich vor allem auf die Tage-

### Stromquellen 1990 und heute



Quelle: AG Energiebilanzen

baue Garzweiler und Hambach. Sie richten sich gegen die Folgen der Umsiedlungen (bis zum Abschluss der Maßnahmen in etwa zehn Jahren werden knapp 42 000 Menschen ihre Heimat verloren haben), gegen die massiven Eingriffe in die Landschaft und gegen die schlechte Klimabilanz bei der Verbrennung des Rohstoffs. Tatsächlich stoßen die Kohlekraftwerke gut 350 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) im Jahr aus. Daneben produzieren sie Schadstoffe wie Feinstaub und Schwefeldioxid. Laut Transaktionsprotokoll der Europäischen Union stand das Kraftwerk Neurath im Jahr 2015 für 32,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, das Kraftwerk Niederaußem für 27,3 Millionen, das Kraftwerk Weisweiler für 18,1 Millionen und das Kraftwerk Frimmersdorf für 4,8 Millionen Tonnen. Das liegt vor allem am schlechten Wirkungsgrad der Kohle und ihrer spezifischen chemischen Zusammensetzung. Die Filtertechnik hat sich zwar verbessert, aber das Umweltbundesamt geht davon aus, dass 800 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde produzierten Stroms auch künftig nicht unterschritten werden können; derzeit sind es, abhängig vom Kraftwerkstyp, zwischen 950 und

1100 Gramm. Das ist mehr als bei anderen Energeträgern: Bei Steinkohle fallen 735 Gramm an, bei Erdgas 350 Gramm. Hier sieht das Umweltbundesamt aber Potenzial für weitere Reduzierungen.



RWE verweist nicht nur auf die verbesserte Filtertechnik, sondern auch auf die schrittweise Abschaltung von fünf Kraftwerksblöcken, die Anfang Oktober mit zwei 300-Megawatt-Blöcken in Frimmersdorf begonnen hat. Vier Jahre lang sollen sie noch als Kapazitäts-

reserve für Stromengpässe bereitstehen und 2021 endgültig vom Netz gehen. 2018 wird RWE zwei weitere 300-Megawatt-Blöcke in Niederaußem und 2019 einen in Neurath in die Reserve überführen. So soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um etwa 15 Prozent sinken. Bis 2030 rechnet RWE auch durch die Schließung des Tagesbaus Inden und des Kraftwerks Weisweiler mit 40 bis 50 Prozent weniger CO<sub>2</sub>. Kritiker bemängeln, dass die Abschaltung der alten Blöcke mit hohen Entschädigungen honoriert wird. Insgesamt fließen an die Braunkohlekonzerne in Deutschland rund 1,6 Milliarden Euro. Bezahlen müssen das die Stromkunden über höhere Netzentgelte.

## 4. Die Versorgungssicherheit

Die erneuerbaren Energien reichen noch nicht aus, um das ganze Land zu versorgen. Denn die Erzeugungskapazitäten für Wind- und Sonnenstrom sind inzwischen zwar groß, bei Flaute und bedecktem Himmel können sie jedoch kurzzeitig auf nahezu Null fallen. Die Folge sind Schwankungen im Stromnetz und Engpässe, die mit Energie aus Kraftwerken ausgeglichen wird. Ausreichende Speicher für Erneuerbare fehlen. Und oft muss der „grüne“ Strom über weite Strecken dorthin gebracht werden, wo er gebraucht wird. Das Netz kann das nicht ausreichend leisten. Bricht also die Stromversorgung bei einem raschen Kohleausstieg zusammen – vor dem Hintergrund, dass bis 2022 alle Kernkraftwerke abgeschaltet werden? Nein, sagen die Befürworter des Ausstiegs. Notwendig sei allerdings ein schneller Ausbau des Netzes und der erneuerbaren Energien. Um Schwankungen auszugleichen, müsse man verstärkt auf flexiblere und umweltverträglichere Gaskraftwerke setzen. Die rechnen sich derzeit aber nicht, weil Braunkohle so billig ist – eine Folge auch des nicht funktionierenden europäischen Emissionshandels. Außerdem produziere Deutschland schon heute mehr Strom, als das Land selbst braucht. Als Beispiel wird der 24. Januar genannt: Damals wehte bundesweit kaum Wind und schien wenig Sonne, die Ökostromanlagen lieferten über weite Teile des Tages nur etwa ein Zehntel des gesamten Elektrizitätsbedarfs. Die Versorgung war aber nicht ernsthaft gefährdet: Noch immer standen viele Gaskraftwerke still. Und unterm Strich exportierten Deutschlands Kraftwerke noch durchgehend Strom.

## Immerhin ein Bekenntnis zu den Klimazielen. Doch der Weg dahin bleibt offen.

Als es bei den Jamaika-Sondierungen um Umwelt, Klima und Energie ging, war es mit den Gemeinsamkeiten schnell getan. Immerhin konnten sich Union, FDP und Grüne auf ein Bekenntnis zu den deutschen und internationalen Klimazielen für 2020, 2030 und 2050 einigen. Wie dies erreicht werden soll, blieb offen.

Deutschland will im Jahr 2020 40 Prozent weniger Treibhausgas, maßgeblich CO<sub>2</sub>, freisetzen als noch 1990. Bis 2030 sollen es 55 Prozent weniger sein, bis 2050 schließlich 80

bis 95 Prozent. Das Klimaabkommen von Paris sieht lediglich eine Verpflichtung zur Reduktion vor, gibt aber keine nationalen Ziele vor.

Tatsächlich glaubt kaum jemand noch, dass das 2020-Ziel eingehalten werden kann. Im Gegenteil: 2016 stieg der Treibhausgas-Ausstoß sogar wieder an, um etwa vier Millionen Tonnen im Vergleich zu 2015 auf rund 906 Millionen Tonnen. Maßgeblichen Anteil daran hatte der Verkehrssektor. Die Energiewirtschaft stieß etwas weniger CO<sub>2</sub> aus, ob-

wohl etwas mehr Strom produziert. Der Verbrauch sank leicht, es wurde aber mehr Strom in die Nachbarländer geliefert. Der Anteil von Strom aus Kohle im Gesamtmix sank, dafür nahm die Gewinnung aus Erdgas zu. Der Ökostrom-Anteil lag einer Studie von Arepo Consult zufolge bei knapp 30 Prozent.

Nach Berechnung von Arepo Consult müsste der Treibhausgas-Ausstoß um 40 Millionen Tonnen pro Jahr sinken, um das Klimaziel für 2020 noch zu erreichen.

## Grüne, Union, FDP und SPD: Wie sich die Parteien positionieren

Beim Klimaschutz geht es nicht nur um Kohle – allerdings ist schon dieses Thema extrem kompliziert. Ökostrom-Ausbau, Stromnetze, EEG-Umlage, Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien, europäischer Emissionshandel sind nur ein paar Stichworte. Dazu kommen Gebäudesanierung, Heizungen, Benzin- und Dieselmotoren und die Kraftstoffsteuern, Industriesubventionen und die Landwirtschaft. Aus alledem ein Gesamtpaket zu schnüren, ist eine echte Mammut-Aufgabe für die möglichen Jamaika-Koalitionäre.

Für die Grünen ist der Kohleausstieg ein Kernthema. Sie wollen die 20 schmutzigsten Kraftwerke gleich abschalten und den kompletten Ausstieg bis 2030. Die Union hat das Thema erstmals im Programm: „Der langfristige Ausstieg aus der Braunkohle muss parallel zu einer konkreten Strukturentwicklung verlaufen“, heißt es da wenig konkret. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, der für die CDU mit am Verhandlungstisch sitzt, nennt einen Komplettausstieg bis 2030 allerdings „unrealistisch“. Und er droht:

„Wenn der Industriestandort Deutschland gefährdet wird, können wir keine Koalition machen.“ Die FDP glaubt, dass man in Deutschland „auf absehbare Zeit“ nicht auf Braunkohleförderung verzichten könne und warnt vor einem „nationalen Alleingang“. Übrigens: Die SPD sprach in ihrem Wahlprogramm lediglich davon, dass sich der „Strukturwandel in der Energiewirtschaft fortsetzen“ werde. Von einem Termin für den Ausstieg aus der „wichtigen Brückentechnologie“ war da nicht die Rede.

# Die Macht der Bilder, die die Braunkohleaktivisten produzieren

Klare Feindbilder und eine ungewöhnliche Bitte: Warum ausgerechnet für morgen eine erneute „Ende Gelände“-Aktion im Rheinische Revier angekündigt ist

VON MARLON GEGO

Aachen/Merzenich. Wilhelm Sauer hatte eigentlich gedacht, in seinem Leben als Polizist schon alles erlebt zu haben, aber dann kam das Gespräch mit Vertretern des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“. Hunderte Aktivisten wollen am Sonntag wieder versuchen, Betriebsanlagen von RWE am und im Tagebau Hambach zu blockieren und den Braunkohleabbau zumindest eine kurze Zeit lang zu stoppen. Die Aktivisten legten der Polizei ihre Vorhaben dar, der Aachener Polizeidirektor Wilhelm Sauer erklärte grob, wie sie sich vorstellt, diese Vorhaben zu verhindern. Und am Ende des Gesprächs baten die Aktivisten darum, die Polizei möge doch bitte nicht allzu zimperlich vorgehen. Sauer war, kurz gesagt, erstaunt.

Wenn morgen Hunderte Umweltaktivisten einmal mehr versuchen werden, in den Tagebau Hambach zu gelangen, dann dient das vor allem dem Zweck, Bilder zu produzieren, die in Zeitungen, im Fernsehen und vor allem im Internet verbreitet werden. Aktivisten, die sich an Kohleförderbänder ketten. Aktivisten, die Braunkohlebagger besetzen. Aktivisten, die von der Polizei aus dem Tagebau getragen werden. Bilder, die die Aktivisten als Klimaretter, also als die Guten, und die Polizisten als die Bösen, als die Feinde zeigen, die die Guten am gut sein zu hindern versuchen. Das ist die Strategie. „Wir zeigen mit unseren direkten Aktionen, was für Klimarechtlichkeit getan werden muss“, sagt „Ende Gelände“-Sprecherin Janna Aljets.

Die Aktivisten nehmen die am

Montag in Bonn beginnende Weltklimakonferenz zum Anlass, Druck auf die verhandelnden Staaten auszuüben. Und um zu zeigen, dass sie in der Lage sind, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. „In 23 Jahren UN-Klimaverhandlungen haben sich der Klimawandel und die damit einhergehenden sozialen und ökologischen Konflikte nur verschlimmert. Das liegt daran, dass transnationale Konzerne massiven Einfluss auf die Verhandlungen nehmen, während die Stimmen und Interessen der Betroffenen kaum Beachtung finden“, sagt Johanna Winter, Sprecherin des Klimacamps.

Die Einrichtung eines Klimacamps am Tage-

bau Hambach am Wochenende ist allerdings gerichtlich untersagt worden, damit fehlt den „Ende Gelände“-Aktivisten eine wichtige Sammelstelle. Deswegen weiß die Polizei auch nicht genau, wann wie viele Menschen wo in den Tagebau Hambach eindringen wollen. Wilhelm Sauer, Einsatzleiter der zuständigen Aachener Polizei, glaubt trotzdem, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Auch soweit es den durchaus gewaltbereiten Teil der 100 bis 150 Besetzer des Hambacher Forstes betrifft.

Sauer geht im Moment davon aus, dass die Demonstrationen in Bonn und die Proteste am Tagebau Hambach überwiegend friedlich verlaufen werden.

## Zwei Versammlungen am Tagebau

In der Nähe des Tagebaus Hambach sind für Sonntag zwei Versammlungen angemeldet worden. Die erste beginnt um 7.30 Uhr am Marktplatz in Kerpen-Manheim, einer der beiden Orte, die für den Tagebau Hambach noch abgegraben werden sollen. Nach einer Zeremonie ziehen nach Angaben der Polizei bis zu 200 angemeldete Teilnehmer Richtung Tagebau zu

einer Wiese der Naturschutzorganisation BUND, wo die Abschlusskundgebung stattfinden soll.

Die zweite Versammlung beginnt um 8 Uhr am Bahnhof Kerpen. Bis zu 300 Menschen gehen von dort aus nach Merzenich-Morschenich, das ist der zweite Ort, der dem Tagebau Hambach noch weichen muss. Die Abschlusskundgebung soll nach Angaben der Polizei dort zwischen 12 und 14 Uhr stattfinden. Und irgendwann davor oder danach rechnet Wilhelm Sauer mit dem Sturm auf den Tagebau. Seine Polizisten würden das nicht verhindern können, sagt er, jedenfalls nicht vollständig.

Ziviler Ungehorsam am Tagebau Hambach: Nach August 2015 und August 2017 kommen die „Ende Gelände“-Aktivisten am Sonntag zum dritten Mal ins Rheinische Revier, um RWE kurzzeitig am Braunkohleabbau zu hindern. Foto: Archiv/dpa